

8. Mai
Tag der Befreiung
vom Faschismus
(Termine auf Seite 5)

Nachnutzung statt Abriss



Über 40 ehemalige Kitas, Schulen, Sporthallen und andere leerstehende Gebäude werden im Bezirk für soziokulturelle Zwecke genutzt: für die Jugendarbeit, den Sport, für die Berufsausbildung und von Existenzgründern. Bereitstellung, Umbau oder auch Unterstützung bei der Vermietung bzw. dem Erwerb waren und sind mit viel Aufwand verbunden. Doch der hat sich gelohnt.

Effizienter Einsatz von Ressourcen ist ein Leitziel des Bezirkes – mit solchen Beispielen wird es umgesetzt. Der für Wirtschaft und Immobilien zuständige Stadtrat Dr. Andreas Prüfer (*links im Bild*) hat sich dafür eingesetzt, dass es hierfür Geld gab, dass angemessene Mieten angeboten wurden oder der Weg zum Erwerb eröffnet wurde.

Nicht immer geht so etwas schmerzfrei. Manche Initiative musste lange warten, bis es zu einer passenden Lösung kam, einiges klappte gar nicht. Hartnäckig hielt sich die

falsche Vorstellung, leere Gebäude seien kostenlos zu haben.

Das neue Haus der Bürgerinitiative Ausländische Mitbürger in der Neustrelitzer Straße (*Foto*) ist ein Beispiel für das Auf und Ab, für viel Stress und glücklichen Ausgang.

Nach einigem Hin und Her war die Bürgerinitiative zuerst in der Liebenwalder Straße untergekommen. Dieses Riesen-Kita-Gebäude war aber nicht mehr zu bezahlen – Abriss hieß der Vorschlag. Also wieder Umzug. Nach monatelanger Suche und Diskussion wurde dann der ehemalige SERO-Stützpunkt gefunden. Vom Bezirk kam Geld für den Umbau, und die Bürgerinitiative hat vor allem vieles selbst gemacht. Nun ist die Aufregung der Freude über viel bessere Bedingungen gewichen.

Die Nachnutzung leerstehender Gebäude könnte im übrigen auch Thema für künftige Bürgerhaushalte oder von Beratungen im Rahmen von Bürgerinitiativen sein.

Unheilige Allianz

Von Martin Walter

Die Tagung der Bezirksverordnetenversammlung vom 26. April brachte es an den Tag: In der Vorwahlzeit hat sich in Lichtenberg eine unheilige politische Allianz von Ausgrenzungs-Demokraten innerhalb und außerhalb der BVV gesucht und gefunden. Nominell gehören ihr CDU, SPD, FDP und Grüne an. Geistig sind ihr wohl noch ganz andere Richtungen verbunden. Ihr gemeinsames Ziel ist es, die Linkspartei.PDS im Bezirk bei den Wahlen im September aus der politischen Verantwortung zu drängen!

Was der Linkspartei.PDS nicht nachgewiesen werden kann, wird da schlicht mal unterstellt. Wo in der Sachpolitik die bessere Alternative zur Politik der Linkspartei.PDS fehlt, wird sie durch Verdrehung oder Halbwahrheit ersetzt. Der erklärte politische Zweck heiligt jedes Mittel.

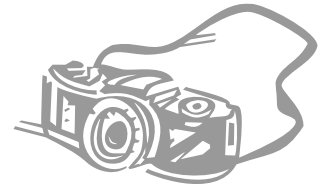
Da wird zum Beispiel Lichtenbergs „demographische Anomalie“ entdeckt. Fehlt nur noch der Ruf nach deren Korrektur etwa durch Deportation und den Entzug des Wahlrechts für Wähler der Linkspartei.PDS!

In diesem Klima der Unversöhnlichkeit, ja des Hasses im Jahr 16 der deutschen Einheit kann nichts zusammenwachsen, muss das Wohl des Bürgers, um das sich zu sorgen alle vorgeben, auf der Strecke bleiben.

Die Linkspartei.PDS war und ist gut beraten, sich nicht provozieren zu lassen und an ihrem „Miteinander für Lichtenberg“ festzuhalten, das keinen ausgrenzt. Der unheiligen Ausgrenzer-Allianz aber sei mit Jesaja 41, Vers 24 gesagt: „Siehe, ihr seid aus nichts, und euer Tun ist auch aus nichts; und euch wählen ist ein Greuel.“

In dieser Ausgabe

- Kiezkultur (Seite 2)
- Post aus Paris (Seite 3)
- Andreas Prüfer zieht Bilanz (Seite 4)
- Eine Mio. Euro für Sportplatz (Seite 5)
- Bildung im Land und im Bezirk (Seite 6)
- Arm, krank und bestraft (Seite 7)



Kiezkultur

Das Nachbarschaftshaus Am Berl hatte am 3. April zu einem Kulturgespräch mit Bürgermeisterin Christina Emmrich geladen. Eine Arbeitsgruppe hatte mit sieben Thesen den vom Bezirksamt erarbeiteten Kulturentwicklungsplan kritisiert – vor allem würden die Angebote der Freien Träger und ihre Förderung ungenügend berücksichtigt.

Alle waren gekommen: Vertreter der Galerie im Hochhaus, der Seniorenbegegnungsstätte, der Naturschutzstation, vom Lebensmut e.V., der Pfarrer der Kirchengemeinde Am Berl und andere – nicht zuletzt der gastgebende Verein für ambulante Versorgung.

Hohenschönhausen-Nord, dessen städtische Entwicklung 1989 abbrach, hat zwar nicht die in Jahrzehnten gewachsenen kultu-

rellen Strukturen wie Alt-Lichtenberg, aber zwei große Kulturzentren: die Anna-Seghers-Bibliothek und das einzige Kino des Bezirks. Und es gibt eine Kultur Freier Träger, die sich aus Bürgerinitiativen heraus entwickelt hat. Besonderheiten sind die Migrantenkultur und die drei Hohenschönhausener Dörfer – Dorfkultur ist ein nicht zu unterschätzendes Potenzial. Christina Emmrich und die Kulturamtsleiterin Dr. Ute Tischler nahmen die Anregungen auf – sie werden im Kulturentwicklungsplan berücksichtigt. Und der Runde Tisch Kultur war ein wichtiger Vorschlag. So war die Veranstaltung eine Lehrstunde in Bürgerdemokratie.

Inge Junginger

Die Leiterin des Nachbarschaftshauses Evelyn Ulrich, Bürgermeisterin Christina Emmrich und Kulturamtsleiterin Dr. Ute Tischler (v. l. n. r.)



Foto: Inge Junginger

Wege zu einer Partei

Der BVV-Saal war voll: Am 5. April waren die Hohenschönhausener Basisorganisationen der Linkspartei zu einem Podiumsgespräch mit Hans Modrow und Christine Buchholz eingeladen. Die Hamburgerin kam über attac zur WASG. Beider Politiker Erkenntnis: Die unterschiedlichen politischen Erfahrungen in Ost und West führten zum gleichen Ziel – eine breite Front gegen Neoliberalismus und Sozialabbau zu schaffen, nachdem sich die SPD vom Kampf um soziale Gerechtigkeit losgesagt habe. Dabei dürften Debatten nicht nur von „oben“ geführt werden. Beide Politiker meinten, die Probleme der Gesellschaft könn-

ten im Kapitalismus nicht gelöst werden, deshalb seien die Begrenzung der Dominanz des Kapitals und die Überwindung des Kapitalismus notwendiger Inhalt des Programms. Das müsse auch im Namen der Partei zum Ausdruck kommen – „links“ allein genüge nicht.

Und es sei Klassenkampf erforderlich – Kampf der Menschen um ihre Rechte. Darum sei außerparlamentarische Aktion notwendig, gemeinsam mit Gewerkschaften, Vereinen und Bürgerbewegungen, betonte Christine Buchholz. Unterschiedliche Auffassungen – Mitregieren oder Opponieren, Grundeinkommen oder Mindestlohn, die Themen DDR oder Kuba – müssten kameradschaftlich geklärt werden. *Annedore Czerny, Dorothea Döring*

Neugier in Hamburg

Vielleicht gibt es demnächst auch in Hamburg einen Bürgerhaushalt. Die Linkspartei der Hansestadt hatte mich als Haushaltspolitische Sprecherin der Linkspartei.PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg eingeladen, um sich über unser Modell des Bürgerhaushaltes zu informieren. Ich berichtete über die geplante Verwendung von 30 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2006/2007 und wie die Lichtenberger darauf Einfluss nehmen.

Der Haushaltsausschuss beschloss am 5. April seine Empfehlungen für die Sitzung der BVV am 26. April – die ersten fünf sind:

1. 70000 Euro zusätzlich gibt es für Räume und Beschäftigungsmaterial sowie für Jugendfreizeiteinrichtungen.
2. Der Radwegeplan soll fortgeschrieben und das Netz ausgebaut werden.
3. Für den Erhalt der acht kommunalen Seniorenbegegnungsstätten werden im nächsten Jahr 866000 Euro bereitgestellt.
4. Die Musikschule erhält für außerschulische Bildung der Bürger, für mehr Schüler, die ermäßigt lernen können, für Begabtenförderung sowie für Projektarbeit wieder 400000 Euro.
5. Erhalt, Neu- und Umgestaltung von öffentlichen Sportstätten: In Karlshorst, Sportanlage Egon-Erwin-Kisch-Straße, Bolzplatz Hagenstraße und Sporthalle Rosenfelder Ring. Hier soll das Bezirksamt die Planungen gewährleisten, Fördergelder akquirieren bzw. die Maßnahme in die Investitionsplanung aufnehmen.

Nicht zuletzt waren die Hamburger auch auf den Bürgerhaushalt 2008 neugierig, wenn die Lichtenberger erstmals über die Investitionen mitentscheiden können. Wir sind das übrigens auch.

Hendrikje Klein

Solidarität leben

89 259,20 Euro – also etwa 3700 Euro mehr als im Vorjahr – haben die Lichtenberger bei der Spendensammlung der Volkssolidarität für den guten Zweck gegeben. Allen Spenderinnen und Spendern sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank.

Unser Verband nimmt auch weiterhin Stellung zu sozialpolitischen Fragen – ganz aktuell zur Rentenpolitik der Großen Koalition – und pflegt Kontakte zu anderen Organisationen und Wohlfahrtsverbänden.

Die Volkssolidarität ist ein bedeutender Wohlfahrts- und Sozialverband in Ostdeutschland. In Lichtenberg hat sie 5500 Mitglieder. *Ingrid Menzel, Bezirksvorsitzende*



Frühling in Frankreich

Paris: Meterhohe Absperrungen rund um die Sorbonne, Polizisten bewachen die kleinen Metalltüren, die Anwohnern den Zutritt ermöglichen, seit einem Monat ist die Uni geschlossen. Der Grund ist ein neues Gesetz der Regierung, das den so genannten *contrat première embauche* (CPE – Vertrag zur Erst-Einstellung) enthält: Ein Arbeitsverhältnis kann ohne Begründung während der ersten zwei Jahre gekündigt werden. Das Besondere des geplanten französischen Vertrags ist die Diskriminierung aufgrund des Alters. Der CPE kann auf alle unter 26 Jahren angewendet werden – egal, ob sie schon beschäftigt waren oder nicht. Das Ergebnis wäre nicht weniger Arbeitslose, sondern ein Verdrängen sicherer Arbeitsplätze durch wackelige Jobs.

Bis zu drei Millionen gingen in Frankreich auf die Straße, viele Unis und Oberschulen streikten. Und die Proteste hatten Erfolg: Ein Änderungsgesetz schafft diese Vertragsform ab und sieht stattdessen Eingliederungsmaßnahmen für benachteiligte Jugendliche vor. Zu weiteren Neuerungen des Arbeitsrechtes für junge Menschen sind Verhandlungen mit den Gewerkschaften angekündigt.

Der Kraftakt der Regierung, die das Gesetz per Eilverfahren nachts durch das Parlament gejagt hatte, konnte dem Kraftakt der Straße nicht standhalten. Beeindruckend!

Auch in Deutschland soll die Probezeit auf zwei Jahre ausgedehnt werden. Ob Müntefering französische Alpträume plagten, als er diese Pläne der Großen Koalition vorerst auf Eis gelegt hat?

Mari Weiß/gw



Geschmierte Kunst?

Graffiti gehören heute zum Berliner Stadtbild. Die Meinungen dazu sind verschieden: Kunst etwa oder Schmiererei?

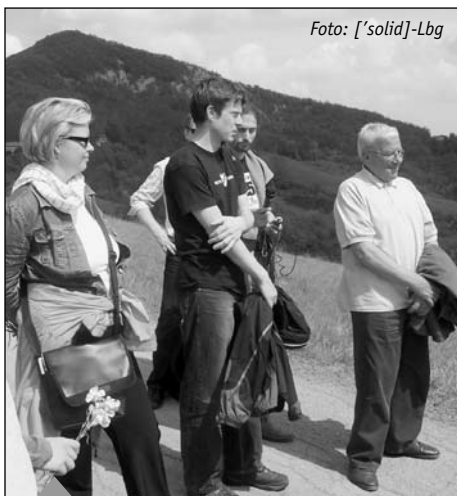
Für viele hängt die Beziehung zu Graffiti wohl hauptsächlich von der Attraktivität des „piece“ (des Bildes) ab. In der Berliner Szene kommt es den Sprühern wohl eher auf Quantität als auf Qualität an. Ihnen geht es darum, möglichst viel „fame“ (Ruhm) durch häufiges Auftauchen des eigenen „tag“ (Schriftzug) zu erlangen. Auch wenn die meisten Sprüher keine politische Motivation antreibt, so werfen sie mit diesem Eingriff in den öffentlichen Raum die Frage nach dem „Mein“ und „Dein“ auf. Graffiti hat also, ob nun beabsichtigt

Ein großes Bild vom „Rock-für-links“-Fest verziert eine Seite der legalen Graffiti-Wand in der Lichtenberger Parkaue.

oder nicht, eine gewisse politische Aussage – es hinterfragt das Eigentum. Und sichert nebenbei vielen Farbenherstellern und Reinigungsfirmen saftige Gewinne.

Leider entwickelt sich in der Sprüherzene eine steigende Tendenz zu Gewalt und Vandalismus. Das ist die dunkle Seite der Medaille. Andererseits gibt es natürlich auch viele Sprüher, die legal bunte Graffiti-Kunstwerke auf dafür freigegebene Flächen sprühen. In der Parkaue in Lichtenberg ist eine dieser noch zu seltenen „halls of fame“ zu sehen.

[solid]-Lbg – kj/jb



Zeitzeuge Francesco Pirini (rechts), Gesine Löttsch und junge Antifaschisten im Montese-Naturpark bei Marzabotto, Italien.

Bella Ciao

Den Text dieses Partisanenliedes kannten nicht alle auswendig, die auf Einladung von Gesine Löttsch als Gewinner des antifaschistischen Ideenwettbewerbs nach Italien reisten. „Bella Ciao“ erklang oft in den Tagen um den 25. April zur Feier des Beginns des allgemeinen Aufstands gegen die deutsche Besatzung und ihre Helfer vor 61 Jahren.

Doch wir waren nicht nur zum Feiern gekommen. Wir – 17 Jugendliche aus vielen Teilen Deutschlands – erfuhren, wie die deutsche Kriegswirtschaft Norditalien seit September 1943 aussaugte. So wurden zum Beispiel tausende Zivilisten und Soldaten zur Zwangsarbeit verschleppt. Deutsche und italienische Faschisten deportierten jüdische Italiener in die Vernichtungslager und metzelten hunderte Menschen bei Geiselschie-

ßungen und so genannten Säuberungen in Partisanengebieten nieder.

Besonders bedrückten uns die Schilderungen von Francesco Pirini, Augenzeuge des schrecklichen Massakers in den Hügeln bei Marzabotto. Hier löschten die Faschisten ganze Dörfer aus: 772 Ermordete – überwiegend Alte, Frauen und Kinder. Einer Hochschwangeren schützten sie bei lebendigem Leibe den Bauch auf und erschossen ihr ungeborenes Kind.

Trotz dieser Erinnerungen erlebten wir Francesco und andere Zeitzeugen sehr herzlich. Wir teilen ihre Hoffnung, dass eine europäische Bevölkerung nie wieder solche Grausamkeiten und verbrecherische Kriege zulässt und sich der Anfänge erwehren lernt. Helfen sollen dabei auch die Projekte junger Antifaschisten sowie deren Vernetzung. Dafür danke, Gesine.

[solid] Lbg – gw/jb



Eine „Prüfer“-Bilanz

„info links“ befragte den Stellvertretenden Bürgermeister und Bezirksstadtrat für Wirtschaft und Immobilien Dr. Andreas Prüfer (Die Linke.PDS)

● „info links“: Wie sieht die Bilanz des „Wirtschaftsstadtrats“ für Lichtenberg aus?

● **Dr. A. Prüfer:** Bei diesen Arbeitslosenzahlen kann man nicht zufrieden sein. Allerdings bin ich auch nicht mit der Illusion angetreten, dass wir die Probleme im Bezirk allein lösen könnten. Zu Hartz IV und dessen Wirkungslosigkeit nur soviel: Wir gehen mit den Instrumenten um, so gut es eben geht. Es nützt nichts, Ein-Euro-Jobs zu verteuern, wenn die Betroffenen – mangels Alternative – sie haben wollen. Aber natürlich wollen wir weg davon: Gerade in den letzten Wochen diskutierten wir, wie daraus ordentliche Arbeitsverhältnisse entstehen können.

Wir haben unsere Möglichkeiten für Beschäftigung und Wirtschaftsförderung genutzt und gegengesteuert. Geholfen hat uns eine vom Senat aufgelegte EU-Förderung für wirtschaftsnahe Projekte. Über eine Million Euro haben wir aus diesem Topf umgesetzt.

● „info links“: Zum Beispiel ...?

● **Dr. A. Prüfer:** ... der schwierige Einzelhandelsstandort am Fennpfuhl, wo ein Netzwerk der Einzelhändler unterstützt wird. Der Gewinn eines Preises im „Mittendrin“-Wettbewerb des Senates und der IHK spricht für sich. Oder das Office für Deutsch-Polnische Wirtschaftskontakte. Es setzt die allfällige Überzeugung, dass Kooperation zwischen Lichtenberger und polnischen Unternehmen sinnvoll ist, greifbar um.

Oder das Kreativzentrum Kulturwirtschaft in der Sewanstraße 122 – eine Idee junger Künstler. Es ist ein Gründerzentrum für Modedesigner, Fotografen, Maler, Gestalter, Eventmanager. Hier erhält die Wirtschaftsstruktur Lichtenbergs ein ganz neues Gesicht. Gleichzeitig wird eine leerstehende Kita sinnvoll nachgenutzt. Auch auf dem Gelände des ehemaligen Bahnbetriebswerkes am Nöldnerplatz sind mit meiner Unterstützung Räume für junge Künstler entstanden – die „BLO-Ateliers“. Mit „LadenLeben“ haben wir etwas gegen den Leerstand getan.

Über vier Jahre erfolgreich arbeitet das Regionalmanagement Lichtenberg. Mit Entwicklungsexpertisen für die Lichtenberger Gewerbegebiete, Marketingmaßnahmen, Mo-

deration von Problemen und durch die Unterstützung in vielen Einzelfragen hat es sich einen Namen gemacht. Mit dem Unternehmensportal Lichtenberg (www.upl-berlin.de) wird „weltweit“ für Lichtenberg geworben.

All das passt zu den Leitzielen des Bezirks: Denn der Weg zur Bürgerkommune in Lichtenberg ist ohne Netzwerke von Unternehmerinnen und Unternehmern nicht denkbar. Ihr Engagement für Lichtenberg ist vielfältig, ohne ihren Einsatz wäre vieles nicht realisierbar – vom Bürgerfest über die Sportförderung bis zur Stadtentwicklung.

● „info links“: Du stellst Dich wieder zur Wahl ... Mit welchen Vorstellungen?

● **Dr. A. Prüfer:** Natürlich muss vieles fortgesetzt werden. Hinzukommen muss das Ausprobieren neuer Instrumente der Beschäftigungsförderung. Die Potenziale in der Vernetzung Lichtenberger Unternehmen müssen besser ausgeschöpft werden. Dafür braucht es Anregung und weiter auch Förderung. Hierzu muss ich mich mit den neuen EU-Konditionen auseinandersetzen und neue Projekte auf den Weg bringen. Und nicht zuletzt: Mein Einsatz für zwei Wahrzeichen des Bezirks, das Theater an der Parkaue und die Trabrennbahn, wird weitergehen.

BVV Lichtenberg stellt sich der Geschichte

Die BVV beschloss auf Initiative der Linkspartei.PDS am 26. April eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Die Auseinandersetzung mit Orten und Ereignissen der Geschichte im öffentlichen Raum ist unverzichtbar für eine demokratische Erinnerungskultur. Dabei spielt im Bezirk Lichtenberg von Berlin die ehemalige Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit und das Sperrgebiet um die Genslerstraße eine besondere Rolle. Die Geschichte dieses Ortes ist für undemokratische und menschenrechtswidrige Praktiken in der DDR gegenüber Andersdenkenden exemplarisch.“

Die BVV wird Initiativen, die im öffentlichen Raum Zeichen für Demokratie und Menschenrechte und gegen die öffentliche Leugnung der Verletzungen der Menschenrechte durch die SED-Diktatur setzen, weiterhin unterstützen. ...

Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Gewaltenteilung und Transparenz staatlicher Entscheidungen auf Dauer zu gewährleisten, erfordert eine prinzipielle Auseinandersetzung mit jenen, die demokratische Grundrechte gegen-

einander aufrechnen wollen. Die BVV wendet sich entschieden gegen Versuche, Verbrechen zu verharmlosen und Menschenrechtsverletzungen als logische Folge des Kalten Krieges abzutun. Es kann nirgends ein ‚der Zweck heiligt die Mittel‘ geben.“

Dank fürs Ehrenamt

Diese Keramikplakette wird auch in diesem Jahr anlässlich des Lichtenberger Freiwilligentages am 10. Oktober verliehen. Vorschläge für die Auszeichnung können bis zum 31. Juli im Büro der Bezirksbürgermeisterin eingereicht werden. Über die Vergabe entscheidet der bezirkliche Freiwilligenrat, dem Vertreter des Bezirksamtes sowie der Freiwilligenagenturen des Bezirks angehören.

Fusion verschoben?

Der ursprünglich für den 1. August 2006 vorgesehene Fusionsbeginn des Coppi- und des Kant-Gymnasiums soll um ein Jahr verschoben werden. Dies signalisierte jetzt das sogenannte Steuerungsteam, das von der Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Sport für den Fusionsprozess eingesetzt worden ist. Die senatsgeleitete Schulaufsicht

kann die Stellenplanbesetzung nicht so gewährleisten, dass eine Fusion auf gleicher Augenhöhe möglich wird. Der Bezirk hatte bereits zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Fusion auf dieses ungelöste Problem hingewiesen.

Nur (Show)kolade?

4 000 m² Gewerbefläche könnten bis 2008 nach Plänen der Walter-Momper-Projektentwicklung GmbH auf dem Gelände der alten Schokoladefabrik (Konrad-Wolf-Straße) entstehen. Der Bezirk möchte bei dem Vorhaben, für das Investoren aus Bayreuth bereits Interesse bekundeten, u. a. den Denkmalschutz besser berücksichtigt wissen und die Gewerbefläche auf maximal 2500 m² begrenzen.

Kunstreich

179 Brunnen und Plastiken zwischen Rheinstraße und Ribnitzer Straße verzeichnet eine Liste, die kürzlich der Lichtenberger „Kommission Kunst am Bau und im Stadtraum“ vorgelegt worden ist. Das von der Bezirksbürgermeisterin berufene ehrenamtliche Gremium soll bei der Integration von Kunst im öffentlichen Raum beraten. J. P.

Sport frei!

Kein Aprilscherz sondern schöne Realität: die Eröffnung der neuen Sportanlage an der Storkower Straße am 1. April durch den Bezirksstadtrat für Jugend, Bildung und Sport, Michael Räßler-Wolff. Er übergab dieses Kleinod an die künftigen Nutzer, die Fußballerinnen des SV Lichtenberg 47 und die Hockeymänner des SV Bau-Union Berlin.

Bei kühlem Wetter und vor leider nur spärlicher Zuschauerkulisse wurde der Kunstra-

senplatz zünftig mit einem Glas Sekt und dem Durchschneiden des roten Bandes freigegeben. Dann erprobten die Lichtenberger Fußballfrauen in einem Freundschaftsspiel gegen die Damen des SV Rot Weiß 90 Hellersdorf den Platz. Anschließend trat eine Hockeymannschaft aus Belfast gegen die Männer des SV Bau-Union an. Zur Abrundung des Ganzen wird auch noch das Sportfunktionsgebäude saniert. Beiden Vereinen wünschen wir viel Erfolg und immer genügend sportlichen Nachwuchs.

Ingeborg Görsdorf



Foto: Joachim Pampel

„Eine Million Euro für die Sanierung dieses Sportplatzes – das ist richtig gut investiertes Geld“, freute sich Michael Räßler-Wolff (links). Fußballerinnen von Borussia-Friedrichsfelde dankten ihm dafür (v.l.n.r.: Tabea Born, Barbara Jursch und Sellina Schmidt).

Hauptversammlung

Der Bezirksvorstand hat die 4. Tagung der 3. Hauptversammlung des Bezirksverbandes Lichtenberg der Linkspartei.PDS einberufen:

- Sonntag, 21. Mai 2006, 9 bis 21 Uhr, Tagungssaal der CORVUS GmbH, Herzbergstraße 84, 10365 Berlin.
- Vorläufige Tagesordnung:
 1. Zur politischen Situation. Die Aufgaben in Vorbereitung auf die Wahlen
 2. Wahl der Direktkandidatinnen und Direktkandidaten für die Wahlkreise
 3. Beschluss des Wahlprogramms der Linkspartei.PDS Lichtenberg
 4. Aufstellung des Bezirkswahlvorschlags (BVV)
 5. Diskussion

Aus meinem Notizbuch

Von Jürgen Steinbrück, Geschäftsführer der Fraktion Die Linke.PDS in der BVV Lichtenberg

„Setzen Sie alles daran, im September wieder die absolute Mehrheit zu bekommen“, sagte ein Mitarbeiter des Bezirksamtes zu mir. „Bei Ihnen hat man die Gewissheit, es geht um die Lösung von Problemen und nicht um die Darstellung von Funktionären. Und es darf auch nicht sein, dass wir zehn Jahre eine gute Saat eingebracht haben und dann andere die Ernte vernichten.“ Da war er wieder, der Gedanke, der mir schon einmal begegnete, als mir eine leitende Hotel-Mitarbeiterin sagte: „Man kann ohne Gewissensbisse nur eine Partei wählen, die nicht korrupt ist, und das ist Ihre!“ Es gibt sie also – und nicht zu knapp – die Wähler, die große Hoffnungen in uns setzen. Eine Verpflichtung für uns!

Veranstaltungen

- **Sonnabend, 6.5.**
Infostände der Lichtenberger Linkspartei.PDS im Bezirk
- **Montag, 8.5.**
Kranzniederlegungen zum Tag der Befreiung: **11 Uhr** – Sowjetisches Ehrenmal, Küstriner Straße, und **16 Uhr** – Deutsch-Russisches Museum Karlshorst
- **Montag, 8.5., 18.30 Uhr**
„Die Positionen der Linkspartei.PDS im Berliner Wahlkampf“, Forum mit Halina Wawzyniak; Georg-Forster-Gymnasium, Dolgenseestraße 60
- **Montag, 8.5., 19.30 Uhr**
Auswertung der 1. Tagung des 10. Bundesparteitages; Schlussfolgerungen für die Berliner Linkspartei.PDS im bevorstehenden Wahlkampf, Forum mit Gesine Löttsch; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10
- **Dienstag, 9.5., 12.15 – 13.45 Uhr**
Zum Europa-Tag: „Europa und die Linke“, mit Sarah Wagenknecht, MdE; Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße
- **Mittwoch, 10.5., 18 Uhr**
Auswertung der 1. Tagung des 10. Bundesparteitages, Forum mit Steffi Schulze; LIBEZEM, Rhinstraße
- **Sonnabend, 13.5., 10 Uhr**
Kiezspaziergang mit Christina Emmrich durch den Kaskelkiez
- **Sonntag, 28.5., 10 Uhr***
„Die Parteitage der Linkspartei.PDS und der WASG“, „Lichtenberger Sonntagsgespräch mit den Professoren Hans-Joachim Braun, Eugen Faude und Harry Nick
- **Montag 29.5., 18 Uhr**
Reihe „Wissen, was läuft“: Sozial verantwortliche kommunale Wohnungspolitik in Berlin, Diskussion mit Jutta Matuschek und Michael Nelken (MdA); Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Montag 29.5., 19 Uhr**
„Arbeit statt Stütze! Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit finanzieren“, Bürgerforum mit Wirtschaftsminister Harald Wolf; Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 14

Veranstaltungsort:

* Alfred-Kowalke-Straße 14, ** Ahrenshooper Straße 5

Bitte beachten!

Am Freitag, dem 26. Mai 2006, bleibt die Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS geschlossen!

Eine Schule für alle

Der Hilferuf war unüberhörbar, und es geschah, was geschehen musste. Das Kollegium der Rütli-Schule, einer Neuköllner Hauptschule mit einem Migrantenanteil von zirka 80 Prozent, hat in einem Verzweiflungsakt sich an die Politik und die Öffentlichkeit gewandt:

Intensivtäter als Vorbild?

„ Sie sind unter sich und lernen Jugendliche, die anders leben, gar nicht kennen. ... Perspektivisch muss die Hauptschule in dieser Zusammensetzung aufgelöst werden zu Gunsten einer neuen Schulform mit gänzlich neuer Zusammensetzung.“

Ganz Deutschland diskutiert: Hat die Hauptschule als Modell ausgedient? Schafft der hohe Migrantenanteil an vielen Schulen die Probleme, oder ist der soziale Status der Elternhäuser die Ursache dafür?

Bildungssenator Klaus Böger (SPD) reagierte, nachdem das Schreiben vier Wochen bei ihm geruht hat, indem er die Schule unter Polizeischutz stellte, einen kommissarischen Schulleiter ernannte und mehr pädagogisches Personal versprach. Eine Auflösung der Rütli-Schule oder die generelle Abschaffung von Hauptschulen lehnte er ab.

Der Bürgermeisterkandidat der CDU, Friedbert Pflüger, wollte der Schulgewalt mit Metalldetektoren beikommen, junge Straftäter auch aus der Schule heraus abschieben und mit Kameras auf Schulhöfen die Gewalt eindämmen. Tage später fühlte er sich falsch verstanden und ruderte zurück.

Die Rütli-Schule ist mehr als das Problem von Deutschen und Nichtdeutschen, sie ist ein Symptom stetig steigender sozialer Spannungen. Neukölln-Nord – das ist der Brennpunkt: 40 Prozent Arbeitslosigkeit, 40 Prozent leben unter der Armutsgrenze. 60 Prozent der Fünfjährigen in Neukölln-Nord fallen durch den Sprachtest und erhalten Förderunterricht. Trotz der Sprachkurse für die Mütter von Grundschulkindern, eines Quartiersmanagements im Kiez und Sozialarbeitern, die auch an Brennpunktschulen gehen, ist dieser Zustand kaum durch den Bezirk zu beheben.

Brennpunkte bekämpfen

Wie geht der Staat mit solchen Verhältnissen um? Ist eine Hauptschule tragbar, wo kein einziger Abgänger einen Ausbildungsplatz bekommt? Können wir uns nach der Pisa-Studie noch ein Schulsystem leisten, wo soziale Verhältnisse und der Nachname die Schulkarriere bestimmen? Wie chancengerecht ist ein



Foto: Kai Gärtner

Gemeinwesen, das nicht allen das gleiche Recht auf Bildung und Ausbildung gewährt?

Die Linkspartei.PDS Berlin sieht in der entstandenen Debatte auch eine Chance, „intensiv über eine Abschaffung der Hauptschulen und die Entwicklung eines integrativen Schulsystems nach skandinavischem Muster nachzudenken“, erklärte Giyasettin Sayan, migrationspolitischer Sprecher der Abgeordnetenhaus-Fraktion.

Hauptschule abschaffen

Mit dem Konzept „Berlin wird skandinavisch schlau“ soll die strukturelle Diskriminierung sozial Schwacher durch ein Mehr an Autonomie der Schulen, eine modellhafte Erprobung

Gemeinsam lernen und schlau daraus werden! Schüler und Lehrer der Herder-Schule protestieren gegen den Irak-Krieg.

integrativen Lernens bis zur 10. Klasse und die langfristige Ablösung des dreigliedrigen Schulsystems durch eine integrative Schule für alle erreicht werden. Schüler werden nach ihren Fähigkeiten in der Gemeinschaft gefördert, statt ab der 7. Klasse nach fragwürdigen Kriterien ausgelesen zu werden. Weiterhin soll mehr Lehrpersonal an die Schulen. So sollen zusätzlich ca. 2500 Lehrer bis 2009 neu eingestellt werden. Das bekräftigte der Landesparteitag der Linkspartei.PDS auf seiner letzten Tagung.

Daniel Tietze

Die Lichtenberger Mitglieder des Abgeordnetenhauses

- **Karin Hopfmann:** ☎ 2325 2596 (im Abgeordnetenhaus – AGH); Sprechstunde im Mai nach Vereinbarung
- **Dr. Steffi Schulze:** ☎ 2325 2580 (AGH); Sprechstunde am 23.5., 18–19 Uhr, im AGH, Raum 556, Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin
- **Ingeborg Simon:** ☎ 2325 2587 (AGH) und 784 87 83 (privat); Sprechstunde am 31.5., 17 Uhr, Wahlkreisbüro von Gesine Lötzsch, Ahrenshooper Straße 5
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 2325 2597 (AGH); Sprechstunde am 7.6. um 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel)
- **Dr. Peter-Rudolf Zottl:** ☎ 2325 2553 (AGH) oder 0151-1560 2356 (Mobil)/ Wahlkreismitarbeiter Daniel Tietze: E-Mail: kontakt@wahlkreis-zottl.de, ☎ 0172-871 95 75; Sprechstunde am 31. Mai, 17 Uhr, Kieztreff, Anna-Ebermann Straße 26, 13053 Berlin

Selbstverständlich gibt es immer auch Termine nach Vereinbarung. Gern kommen wir zu aktuellen Fragen in Bürger- und Basisveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Arm, krank und bestraft

Von Dr. Gesine Löttsch, MdB

Gesundheit ist das höchste Gut – und es wird immer teurer. Ein wichtiges Ziel der Linksfraktion im Bundestag ist es, den Zugang zum Gesundheitssystem und die Teilhabe am medizinischen Fortschritt für alle, unabhängig vom Geldbeutel, zu garantieren. Das wird immer wichtiger, denn ständig wird den Patienten tiefer in die Tasche gegriffen. Menschen, die die von uns abgelehnte Praxisgebühr nicht zahlen können oder wollen, sollen nach dem Willen der Regierung mit einem Zwangsgeld von 70 Euro bestraft werden.

Ich habe die Bundesregierung gefragt, wie sie zu der umstrittenen Rechtspraxis steht, dass im Falle einer stationären Unterbringung – etwa in einem Krankenhaus – ALG-II-Empfängern die Regelleistung um 35 Prozent gekürzt wird. Die Bundesregierung findet das ganz in Ordnung und verweist darauf, dass bereits im Oktober 2004 zwischen dem damaligen Clement-Ministerium und der Bundesagentur für Arbeit eine Vereinbarung zur Kürzung des ALG II beschlossen wurde.

Und als ob dies alles noch nicht genug wäre, plant die Regierung mit einem „Optimierungsgesetz“ weitere Einschnitte für Arbeitslose. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion fordert gar eine generelle Kürzung des ALG II. Wir als Linksfraktion leisten gegen diese absurden Pläne Widerstand. Nicht größerer Druck auf die Arbeitslosen ist erforderlich, sondern die Schaffung regulärer, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse. Aber mit dem Mini-Job-Gesetz hat bereits die rot-grüne Bundesregierung den Konzernen das Tranchiermesser zur Zerschlagung regulärer Arbeitsplätze in die Hand gegeben.

Solidarität mit CNH

Am Gründonnerstag besuchte ich – wie vor mir schon andere Politiker der Linkspartei – die tägliche Streikversammlung der Kollegen von CNH Baumaschinen in Spandau. Der Mutterkonzern Fiat will den Berliner Standort schließen und nach Italien verlagern. Über 500 Arbeitsplätze würden verloren gehen. Einige Arbeiter haben über 40 Jahre in dem Spandauer Traditionsbetrieb gearbeitet. Ich unterstütze Wirtschaftssenator Harald Wolf, der auf dem Rechtsweg 70 Millionen Euro Fördermittel von Fiat zurückfordern will. Mich ärgert besonders, dass Unternehmen sogar die Kosten für die Schließung von Betriebsstand-

orten von der Steuer absetzen können. Ich habe die Bundesregierung aufgefordert, ein Gesetz vorzulegen, das diese skandalöse Praxis beendet.

Für Wahlkampf ungeeignet

Am 6. April wurde im Bundestag darüber abgestimmt, dass auch ehemalige Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit für so genannte Dienstbeschädigungen, also für Körperschäden aufgrund von Unfällen, einen Ausgleich erhalten sollen. Das Bundesverfassungsgericht hatte dem Parlament diese Auf-



Foto: Martin Walter

lage erteilt. Allerdings kam die Mehrheit des Parlaments dieser Auflage nur mit deutlichem Unbehagen nach. Eine Abgeordnete der Grünen missbrauchte die Debatte gar, um meine Kollegin Dr. Martina Bunge und mich anzugreifen, weil im Informationsblatt von ISOR unsere Teilnahme an einer Veranstaltung zu Rentenfragen erwähnt war. Ich bekräftigte, dass die Linkspartei.PDS gegen Rentenstrafrecht eintritt und wies darauf hin, dass ich als direkt gewählte Abgeordnete mit allen Bürgern meines Wahlkreises spreche.

Außerdem sprachen Bundestagsabgeordnete empört über „die Sache in Hohenschönhausen“. Was war geschehen? Am 14. März wurde in den Räumen des Bezirksamtes Lichtenberg eine gemeinsame Veranstaltung von Bezirksamt und Senatskulturverwaltung durchgeführt. Informiert, beraten und diskutiert werden sollte über die Kennzeichnung des ehemaligen Sperrgebiets rund um die heutige Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Ich bin zu erreichen:

- Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist hier erreichbar: ☎ 2277 1787 (Bundestagsbüro) oder 9927 0725 (Wahlkreisbüro)

Sehr gern diskutiere ich in Einwohner- und Basisberatungen über aktuelle politische Fragen, über meine Arbeit, über Lichtenberg sowie über unsere Parteientwicklung. **Ladet mich ein!**

Gesine Löttsch bei der Leitung einer Vorstandssitzung des Bezirksverbandes Lichtenberg

Diese Veranstaltung wurde von mehreren Hundert Menschen besucht. Bewertet wurde die Diskussion vor allem von denen, die nicht an ihr teilgenommen haben. Auch ich war nicht dort, darum halte auch ich mich mit Bewertungen dieser Diskussion zurück.

Ich habe seit 1990 an vielen Diskussionen mit ehemaligen Mitarbeitern des MfS und Opfern teilgenommen. Diese Gespräche haben allen Beteiligten weitergeholfen, weil sie zu einem differenzierteren Geschichtsbild geführt haben, und müssen in geeignetem Rahmen fortgesetzt werden. Dabei wird es immer Teilnehmer geben, die mehr oder weniger lernfähig oder lernwillig sind. Es gibt auch Menschen, die sich jedem Gespräch verweigern. Doch das sollte uns nicht abhalten, immer wieder das Gespräch zu suchen. Für Wahlkampfgetöse ist es aber völlig ungeeignet.



Buch-Tipp



Der Grenzgänger

Mehr als 440 Kilometer wandert Landolf Scherzer auf dem ehemaligen Grenzstreifen zwischen Vacha und Gräfenenthal – in 15 Etappen, 15 Jahre danach. Er fragt Thüringer, Bayern und Hessen, trifft auf einen Saarländer, einen polnischen katholischen Priester und eine Professorin aus Afrika – auf Menschen, die rechts und links des Kolonnenwegs in den Dörfern und Städten leben. Manche haben Arbeit, die meisten nicht. Hat Scherzer einen Ort erreicht, klingt er am ersten Haus links. Er kommt mit Waldarbeitern und Wanderern ins Gespräch. Mitten in Deutschland fühlen sich die Leute oft aufgegeben und vergessen.

Ossis und Wessis müssen seit der Vereinigung ohne sozialistische Vollbeschäftigung, bzw. Zonenrandförderung auskommen. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Jungen sind weg, soziale Einrichtungen geschlossen. Einige gehören zu den Gewinnern, andere zu den Verlierern, und es gibt Vorurteile hüben und drüben. „In unsere Verwaltung haben wir bisher keine Ostdeutschen hereingelassen und werden wir auch in Zukunft keine Ostdeutschen hereinlassen“, sagt der Radfahrer aus dem Bayrischen. In Sonneberg sind sechshundvierzig befragte Realschüler dagegen, sich mit dem westlichen Neustadt zu vereinen. „In Neustadt laufen mir zu viele Andersgläubige herum ... Sonneberg soll deutsch bleiben.“

Das Buch ist ein lebendiges, widersprüchliches Panorama der Nachwendzeit – lesens- und bedenkenswert und in der Bücherstube Alfred-Kowalke-Straße 14 auszuliehen.

Inge Uesseler

- Landolf Scherzer: „Der Grenzgänger“, Aufbau-Verlag Berlin, 2005, 394 Seiten, 19,90 €, ISBN-3-351-02603-X

Pfingsten unter Linken

In der Europäischen Jugenderholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee in Altenhof treffen sich Mitglieder und Sympathisanten der Linkspartei zum diesjährigen Pfingsttreffen (2. bis 5. Juni 2006): Jeden Abend Tanz, großes Kinderprogramm am Strand mit Neptunfest, politische Talkrunden im Zelt am Strand, Europatag mit EP-Abgeordneten, Mondscheinfahrt, Skatturnier und vieles andere mehr erwartet die Teilnehmer. Die Unterbringung erfolgt in Gästehäusern, Bungalows oder im eigenen Zelt. 3 Übernachtungen mit Halbpension kosten zwischen 50 und 95 Euro pro Person.

Wolfgang Schmidt

- Anmeldungen beim Landesvorstand der Linkspartei.PDS, Telefon: 24 009 289, E-Mail: lv@linke.pds-berlin.de



Foto: Jörg Rückmann

Am 1. Mai in Hohenschönhausen: Ein buntes Familienfest für Jung und Alt

info links

Herausgeber:

Die Linkspartei.PDS – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:

Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@pds-berlin.de

Web: www.dielinke.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für 4/06: 30.4.2006

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 5/06:

Dienstag, 2.5., Mittwoch 24.5.2006, jeweils 16 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 22.5.2006

Die nächste Ausgabe erscheint am 1.6.2006.

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann
Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Sonntag, 7.5., 11 Uhr**
ROCK POP MATINEE, Rockbands aus Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf, Theater an der Parkaue
- **Dienstag, 9.5., 14 Uhr**
„Wall-Wanderung“, Spaziergang durch Hohenschönhausen, auf dem Wall am See entlang durch Wartenberg nach Falkenberg in die Dorfkatte, mit zahlreichen Informationen, Begleitung Elke Schuster; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10
- **Freitag, 12.5., 20 Uhr**
Premiere: „Das Weltall ist tot – es lebe das Weltall oder Zwietracht, die die Welt nicht braucht“; Das Weite Theater für Puppen und Menschen e.V.; Parkaue 23
- **Sonnabend, 20.5. (ganztäglich)**
Großes Fest zum 20. Jahrestag von „Undine“; Hagenstraße 57
- **Dienstag, 23.5., 15 Uhr**
Deutsche Chansons von Gisela May bis Konstantin Wecker, Moderation: Martina Hellmich; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10
- **(noch bis) Montag, 29.5.**
Ausstellung: „Buch bleibt Buch!“, Fotos und Gedankensplitter von Hans Piepenhagen; Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 14
- **Sonnabend, 3.6. und Sonntag, 4.6.**
Internationales B-Jugend-Fußballturnier, anlässlich des 40. Geburtstages des BFC Dynamo Berlin e.V. unter der Schirmherrschaft von Dr. h.c. Egidius Braun (DFB-Ehrenpräsident) und Christina Emmrich (Bezirksbürgermeisterin Lichtenberg); Sportforum Berlin, Weißenseer Weg

Fahrt nach Malá Úpa

Seit 1922 treffen sich tschechische und deutsche Linke in Malá Úpa, nahe Pec im Riesengebirge. Das letzte von acht dieser Treffen fand 1933 statt und half bedrohten deutschen Antifaschisten zur Flucht.

Die KSČM (KP Böhmens und Mährens) lädt zum diesjährigen Traditionstreffen am 26. August ein (Reise vom 24.–30. August mit touristischem Programm). Wer in diesem Jahr nicht dabei sein kann, sollte für Ende August 2007 die Reise anlässlich des 85. Jahrestages vormerken.

G. Möder, E. Wanitschek

- Weitere Infos: Im „Disput“ (Juniheft) oder bei „tuk International“, Danziger Straße 168, 10407 Berlin, Telefon 423 33 30.